Herzlich willkommen in Hannover!

Ein Gruß an die Delegierten

Von Karl Raloff,
Vorsitzendem der Ortsgruppe Hannover des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Die Republikaner und besonders die Reichsbannerkameraden Hannovers sind stolz darauf, daß ihre Heimatstadt ausersehen wurde, der zweiten Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gastliche Stätte zu bieten. Hannovers Reichsbannerkameraden wissen diese Ehre zu schätzen und werden alles tun, der Tagung unsers Bundes einen würdigen Rahmen zu geben.

Das ist um so leichter möglich, weil Hannover, gestützt auf eine machtvolle Arbeiterbewegung, eine durch und durch republikanische Stadt ist. Schon 1908 war es dank der guten Organisation der Arbeiterschaft möglich, im Wahlkreise (jetzigem Stadtteile) Linden, unter dem preußischen Dreiklassenwahlrecht einen sozialdemokratischen Abgeordneten, unsern Kameraden Robert Leinert, ins Preußische Abgeordnetenhaus zu entsenden. Kamerad Leinert gehörte mit zu den sieben Sozialdemokraten, die trotz politischer Entrechtung und stärkstem Wahlterror 1908 unter dem Toben der Monarchisten ins Dreiklassenparlament einzogen.

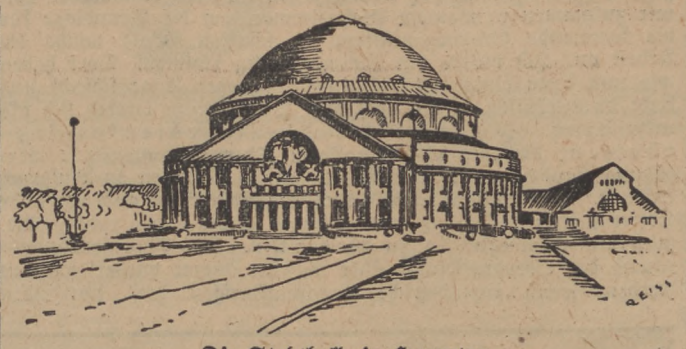
Diese stolze Tradition wird bei den hannoverschen Arbeitern hochgehalten bis auf den heutigen Tag. Erst die letzten Wahlen vom 20. Mai zeigten ein starkes republikanisches Bekenntnis in Hannover. Erhielt doch die Sozialdemokratie, die stärkste republikanische Partei, schon allein über 50 Prozent aller Stimmen, ganz abgesehen von den Demokraten und dem Zentrum. Und was das wichtigste ist, die Gegner der Republik, Deutschnationale und Kommunisten wurden vernichtend aufs Haupt geschlagen und verloren ganz erheblich. Sie sind beide in Hannover bedeutungslose Grüppchen. Die Kommunisten sind so gut wie verschwunden. Im ganzen Wahlkreis Südhannover-Braunschweig beträgt der Anteil an der Gesamtstimmenzahl 3,3 Prozent, der der Sozialdemokratie dagegen 46,6 Prozent. Der hannoversche Wahlkreis ist für die K. P. D. der schlechteste. In allen andern ist ihr Stimmenanteil stärker.

Kein Wunder, daß dank dieser einheitlichen, geschlossenen Arbeiterbewegung auch das Reichsbanner guten Boden für seine Saat fand und sich außerordentlich günstig entwickeln konnte, auf dem Lande wie in der Stadt Hannover. Und wenn der Bundesvorstand seine Wahl auf Hannover als Tagungsort der Bundesgeneralversammlung fallen ließ, dann nicht zuletzt auch dank der guten organisatorischen Leistungen im gesamten Gau Hannover. Die Kameraden in Stadt und Land Hannover danken dem Bundesvorstand für diese Anerkennung.

Das Gewerkschaftshaus in Hannover.

Wenn die Führer und Delegierten des Reichsbanners aus dem ganzen Reiche nach Hannover kommen, dann werden sie allerdings diese republikanische Gesinnung der überwiegenden Mehrheit der hannoverschen Bevölkerung auf den ersten Blick nicht beobachten können. Im Zentrum und in den Hauptgeschäftsstraßen werden nur wenige Fahnen zur Begrüßung wehen. Sie dürfen sich durch diesen ersten Eindruck nicht abschrecken lassen. Denn dort, im Zentrum, wohnt nicht die große Masse der opferwilligen Republikaner. Aber, Kameraden, fahrt einmal hinaus in die Außenstadtteile und Vororte, dort, wo in den Mietkasernen die Masse der Arbeiter haust, dort wird euch durch überwältigenden Flaggenschmuck eine herzliche Begrüßung zuteil. Dort wohnt die große Mehrzahl der Kämpfer, die für uns die Schlachten schlagen und gewinnen. Die ärmsten Söhne der Republik sind auch ihre getreusten.

Hannover ist eine Stadt der Arbeit. Wider den Willen eines noch stark vorhandenen Pfahlbürgertums, das rein äußerlich in Erscheinung tritt, auch durch die Stimmen, die bei den Wahlen für die Welfen, die Deutschhannöversche Partei abgegeben werden. Diese Pfahlbürger träumen von den seligen Zeiten des welfischen Königstums, das Bismarck brutal mit seinen preußischen Kommißstiefeln zertrat. Sie träumen von welfischer monarchischer Restaurierung



Die Stadthalle in Hannover.

Zweite Bundes-Generalversammlung

am 30. September, 1. und 2. Oktober in Hannover.

Festordnung

für die Eröffnungsfeiern in der Stadt- und Ausstellungshalle, nachmittags 2 Uhr (14 Uhr).

In der Stadthalle

1. Fahneneinmarsch: Barcelona-Marsch von Friedmann.
2. Orgelspiel von Prof. Dr. Dettmer: Ouvertüre A-Dur von Händel.
3. Gesangsvortrag „Hymne an die Musik" von Lachner.
4. Begrüßungsansprachen:
   des Ortsvereinsvorsitzenden Raloff (Hannover).
   des Gauvorsitzenden Abgeordneten J. Lau (Hannover).
5. Eröffnung der 2. Bundes-Generalversammlung.
   Redner: Bundesvorsitzender O. Hörsing.
   Staatssekretär a. D. Dr. Jul. Deutsch (Wien).
   Verbandsvorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands Fr. Scheffel (Berlin).
   Ministerpräsident a. D. Joh. Stelling (Berlin).
   Staatsminister a. D. Dr. Haas (Karlsruhe).
   Ministerialdirektor a. D. Dr. Spiecker (Berlin).
   Major a. D. Karl Mayr (München).
6. Ouvertüre 1812 — Brand von Moskau — von Tschaikowsky.
7. Gesangsvortrag „Lord Foleson" von Uthmann.
8. Fahnenausmarsch: Reichsbannermarsch von Hainsberg.

Die Gesangsvorträge werden vom Massenchor des Arbeiter-Sängerbundes Hannover, Leiter Musikdirektor Görly Beckedorf, die Musikstücke von der Reichsbannerkapelle Hannover vorgetragen.

*

Bei der Eröffnungsfeier in der Ausstellungshalle spielt die Hildesheimer Reichsbannerkapelle. Auch hier sprechen die in der Stadthalle vorgesehenen Redner. Das Programm wird am Eingang der Festhalle ausgegeben.

und sehen im Traume Hannover schon wieder als „Königliche Haupt- und Residenzstadt", die sie einstmals gewesen. Sie träumen von Hoflieferanten- und andern Titeln und Würden. Aber die Zeiten sind vorbei und werden wohl kaum jemals wiederkommen. Nur einige Schlösser und Palais zeugen noch von dieser Vergangenheit: Das mächtige Leineschloß im Zentrum der Stadt, einst der Wohnsitz des Königs und des Hofes, das Herrenhäuser Schloß inmitten des weltberühmten herrlichen Parks — das zugleich auch zeigt, wie diese Herrschaften auf Kosten ihrer Untertanen zu leben verstanden — und das sogenannte Welfenschloß, wo jetzt die Technische Hochschule ihren Sitz hat.

Hannover birgt aber auch noch Zeugen einer stolzen Vergangenheit, Zeugen des Fleißes und hohen Wohlstandes einer selbstbewußten, stolzen Bürgerschaft. Mächtige alte Festungstürme zeugen davon, daß es einst eine wehrhafte Bürgerschaft gab, die in vielen Fehden ihre Stadt gegen Uebergriffe von Fürsten usw. mit Erfolg verteidigte. Die Altstadt Hannover birgt Schätze, die in der Kunstgeschichte einen guten Klang haben. Wenn sie auch nicht mehr so geschlossen ist wie die des benachbarten Hildesheims, so ist doch ein Gang durch die engen winkligen Gassen überaus reizvoll. Wundervoll ist der Markt mit seinem alten Rathaus, einer Perle der nordischen Backsteingotik und der mächtigen gotischen Marktkirche aus dem 13. Jahrhundert. Ganz in der Nähe liegt das Wohnhaus des berühmten Philosophen Leibniz, das sogenannte Leibnizhaus, ein herrlicher Renaissancebau. Eins aber, Kameraden, vergeßt nicht, wenn ihr durch die alten Gassen wandert und euch über die farbenfrohen, buntbemalten Fachwerkhäuser freut, daß das heute alles nur Fassade ist — Fassade, hinter der sich unendlich viel Kummer und Not verbirgt.

Hannover ist aber nicht eine Stadt, die vergangenen Jahrhunderten nachträumt, sondern eine Stadt frisch pulsierender Arbeit. In den zahllosen Werkstätten und Fabriken dröhnen die Hämmer und Maschinen den Rhythmus einer neuen Zeit. Mächtige Schornsteine weisen uns den Weg zu den Fabriken, wo die Hand- und Kopfarbeiter Reichtümer und Werte schaffen.

So viele Fremde, die nach Hannover kommen, haben diese Stadt der Arbeit nie gesehen. Diese Stadt der Arbeit, in der der Hauptsitz der deutschen Gummiindustrie sich befindet. Nicht nur von der Conti und der Exzelsior, den beiden bekanntesten Großbetrieben, die Zehntausende von Arbeitern beschäftigen, sondern auch von vielen Mittel- und Kleinbetrieben wandern die Gummiprodukte in die ganze Welt hinaus. Da ist die Mechanische Weberei, die mit ihrem weltberühmten Lindener Samt den Weltmarkt beherrscht, die Hanomag mit ihren Lokomotiven und Traktoren und nicht zuletzt mit ihren Kleinautos, die eine Weltbedeutung erlangt hat. Und so zahlreiche andre Betriebe, deren Produkte einen guten Klang haben in der ganzen Kulturwelt. Unmöglich, sie namentlich aufzuführen. Betrieb reiht sich an Betrieb, Schornstein an Schornstein.

Hannover ist auch eine schöne Stadt. Man nennt sie manchmal auch die Stadt der Gärten und Parke wegen der vielen und schönen Grünanlagen, die sich wie ein blühender Kranz um die Stadt herumwinden. Herrliche Erholungsorte für die Einwohner der Stadt. Wer kennt nicht die Eilenriede, Hannovers schönen Stadtwald, der größer ist als die berühmtesten Stadtparke in der ganzen Welt, größer als der Tierpark in Berlin, der Hydepark in London, der Zentralpark in Neuyork. Da sind die Herrenhäuser Gärten, der Welfengarten, der Tiergarten mit seinem herrlichen Damwild, der Zoo und nicht zuletzt die schönen Anlagen hinter Hannovers neuem Rathaus, die sich weit am Leineufer entlang erstrecken.

Das ist in kurzen Strichen ein Bild Hannovers. Gar zu gern würde ich auch ein Bild eines modernen, sozial gerichteten Hannovers gezeichnet haben. Leider ist das nicht möglich, weil seit den Inflationswahlen im Mai 1924 im hannoverschen Rathause der Ordnungsblock und die Reaktion herrschen. Wir sind aber im Vormarsch begriffen. Am 2. Dezember wollen wir das Regime der Reaktion brechen und das Rathaus für uns erobern. Die Bundesgeneralversammlung ist uns ein willkommener Anlaß, in aller Oeffentlichkeit aufzumarschieren und in großen Kundgebungen für den republikanischen, demokratischen, sozialen Volksstaat zu demonstrieren.

Wir freuen uns, die Führer des Reichsbanners aus dem gesamten Reiche bei uns begrüßen zu können und entbieten ihnen unser

Herzliches Willkommen!

Beginenturm mit Klostergarten in Hannover.

Stahlhelm und Kirchenwahlen

Von einem evangelischen Theologen.

Der Landesverband Groß-Berlin des Stahlhelms erläßt, wie der „Reichsbote" am 15. September mitteilt, zu den im November in Altpreußen (d. h. Preußen ohne Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau) stattfindenden evangilischen Kirchenwahlen eine Kundgebung; man darf annehmen, daß in andern Teilen Altpreußens ähnlich vorgegangen wird. In dieser Kundgebung ruft der Stahlhelm seine evangelischen Mitglieder auf, sich an den Kirchenwahlen kräftig zu beteiligen. Alle wahlberechtigten Kameraden werden aufgefordert, sich in die Wählerliste eintragen zu lassen und im gleichen Sinn auch die Angehörigen und Freunde zu beeinflussen. Es sollen ferner möglichst viele kirchlich interessierte Mitglieder in die Körperschaften gewählt werden. Die Gaue werden verpflichtet, die Namen der „Stahlhelm"-Mitglieder, die ein Amt als Gemeindevertreter übernehmen wollen, der Leitung des Landesverbandes zu melden. Für den Aufgabenbereich der Kirchenwahlen und ihrer Vorbereitung sollen von den Gauen und Ortsgruppen Vertrauensleute eingesetzt werden, die gleichfalls dem Verband zu melden sind und nach einheitlichen Richtlinien arbeiten sollen.

Ueber die Gründe, die den „Stahlhelm" zu dieser Aktivität veranlassen, gibt das Rundschreiben Aufklärung. Es sei notwendig, „in den Gemeindekörperschaften und durch diese in den Synoden eine Mehrheit zu schaffen, die die Kirche für unser deutsches Volkstum fruchtbar macht". „Man denke etwa an die Notwendigkeit, unserm Nachwuchs eine christlich-deutsche Erziehung zu sichern. Das ist, zumal der Staat hier völlig versagt, nur mit Hilfe der Kirche möglich, denn wer sie hat, hat zugleich die Schule, zum min-

besten den Religionsunterricht, der das Herzstück der sittlichen Jugenderziehung bildet. Doch auch darüber hinaus auf den verschiedensten andern Gebieten ist und bleibt in erster Linie gerade die Kirche, deren Einfluß bis in das letzte Dorf hineinreicht, berufen, der innern Erneurung unsers Volkes zu dienen. Dies gleiche Ziel wird in der Erkenntnis, daß Deutschtum und Christentum zusammengehören, vom Stahlhelm erstrebt. Ihm jemals auf politisch-parlamentarischem Wege näherzukommen — das hat sich nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts mehr und mehr als aussichtslos erwiesen. Wohl aber steht ein Weg offen, der zur sichern Verwirklichung jener und andrer deutscher Ziele führen muß: der Weg über die Kirchenwahlen." Zum Schlusse heißt es: „Wem es Ernst mit dem vom Stahlhelm schon mehrfach abgelegten Bekenntnis zu einem „vaterländischen Christentum", der halte sich von der Kirche nicht gleichgültig fern; denn erst recht in dieser Notzeit soll sie gewissermaßen das Kernwerk nicht nur unsrer christlichen, sondern auch unsrer deutschen Kultur, die von allen Seiten her gefährdet ist, sein und immer mehr werden."

Soweit der Stahlhelm. Auch wir betonen: Die ganze Kundgebung bezieht sich nur auf evangelische Kirchenwahlen und wendet sich nur an Evangelische. Die katholische Kirche hat eine ganz andre Verfassung. So berührt auch das, was wir zu dem Aufruf des Stahlhelms zu sagen haben, unsre katholischen Kameraden nicht.

Unter diesem Vorbehalt aber interessiert uns durchaus, wie der Stahlhelm die Lage ansieht und was er will. Was er will, ist rasch gesagt: Macht in der Kirche erobern und dadurch seine Macht im Staat, im öffentlichen Leben erweitern. Seine Auffassung von der Lage wird allerdings vielen merkwürdig scheinen. Er sagt, wer die Kirche hat, der habe auch die Schule. Wenn es so wäre, widerspräche das offenbar der Reichsverfassung, wonach die Schule eine Einrichtung des Staates ist. Auch der einschränkende Satz, es habe, wer die Kirche hat, wenigstens den Religionsunterricht in der Hand, das Mittelstück der Gesinnungspflege in den Schulen, trifft nicht ganz den Sachverhalt, den die Verfassung will. Sie schreibt zwar vor, daß der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirchen erteilt werde. Aber wie diese Uebereinstimmung gesichert werden soll, ist noch nicht festgelegt. Daß man sich darüber noch nicht einigen konnte, weil unsre allermeisten Lehrer jeder kirchlichen Aufsicht widerstreben, das ist ja einer der Hauptgründe dafür, daß bisher kein Reichsschulgesetz zustande kam. Und wenn innerhalb der Kirche selbst verschiedene Strömungen da sind — wie es in den evangelischen Kirchen durchaus der Fall ist —, so bestehen über Umfang und Inhalt der Grundsätze der Kirchen, also auch über den Geist, in dem der Religionsunterricht erteilt werden soll, Meinungsverschiedenheiten. Insofern hat, wer die Mehrheit in den kirchlichen Parlamenten, den Synoden, erobert, noch lange nicht den Religionsunterricht in den Schulen oder gar die Schule überhaupt in seiner Hand.

Trotzdem bleibt an jener Meinung des Stahlhelms ein Teil Wahrheit. Die Zahl der Kinder, die überhaupt keinen Religionsunterricht erhalten, ist gering. Der größte Teil der Arbeiterschaft, auch in den Großstädten, ist nicht aus der Kirche ausgetreten, und schickt seine Kinder in den Religionsunterricht, obwohl (z. T. auch gerade deshalb weil) nach der Verfassung ein Zwang hierzu nicht mehr besteht. Und wenn Jahrhunderte hindurch die Schule eng mit der Kirche verbunden, ja, der Kirche unterstellt war, so hören die geistigen Nachwirkungen dieses Zustandes (namentlich auf dem Lande) nicht etwa mit einem Male deshalb auf, weil seit der Revolution die Ortsschulaufsicht der Geistlichen abgeschafft ist und weil heute nach der Verfassung auch die Lehrer nicht mehr gezwungen sind, Religionsunterricht zu erteilen. Tausende von Lehrern geben, bei verschiedener innerer Einstellung zu den einzelnen kirchlichen Lehren, doch diesen Unterricht gern. Und er hat seine Bedeutung über die Grenzen des Faches hinaus, weil die sittliche Unterweisung bei uns zum großen Teil im Religionsunterricht erfolgt. Und irgendwie steht dieser Unterricht in Wechselwirkung mit dem Geiste der Kirche. Darüber hinaus haben die evangelischen Kirchen durch ihre Predigten und ihren Konfirmationsunterricht auf einen nicht geringen Teil unsers Volkes starken Einfluß. Und sie werden jetzt parlamentarisch regiert, d. h. seit dem Wegfall des alten Staatskirchentums haben die Synoden in den evangelischen Kirchen die Macht; die evangelischen Kirchenbehörden sind jetzt nur noch Vollzugsausschüsse der Synoden.

Man mag dazu stehen wie man will, aber man muß das alles als Tatsache anerkennen. Dann gilt: Der Stahlhelm hat zwar übertreibend und schief geredet, aber er handelt gar nicht unklug, wenn er Macht über die evangelischen Kirchen und durch sie über den Geist des öffentlichen Lebens in den evangelischen Teilen Deutschlands zu gewinnen sucht.

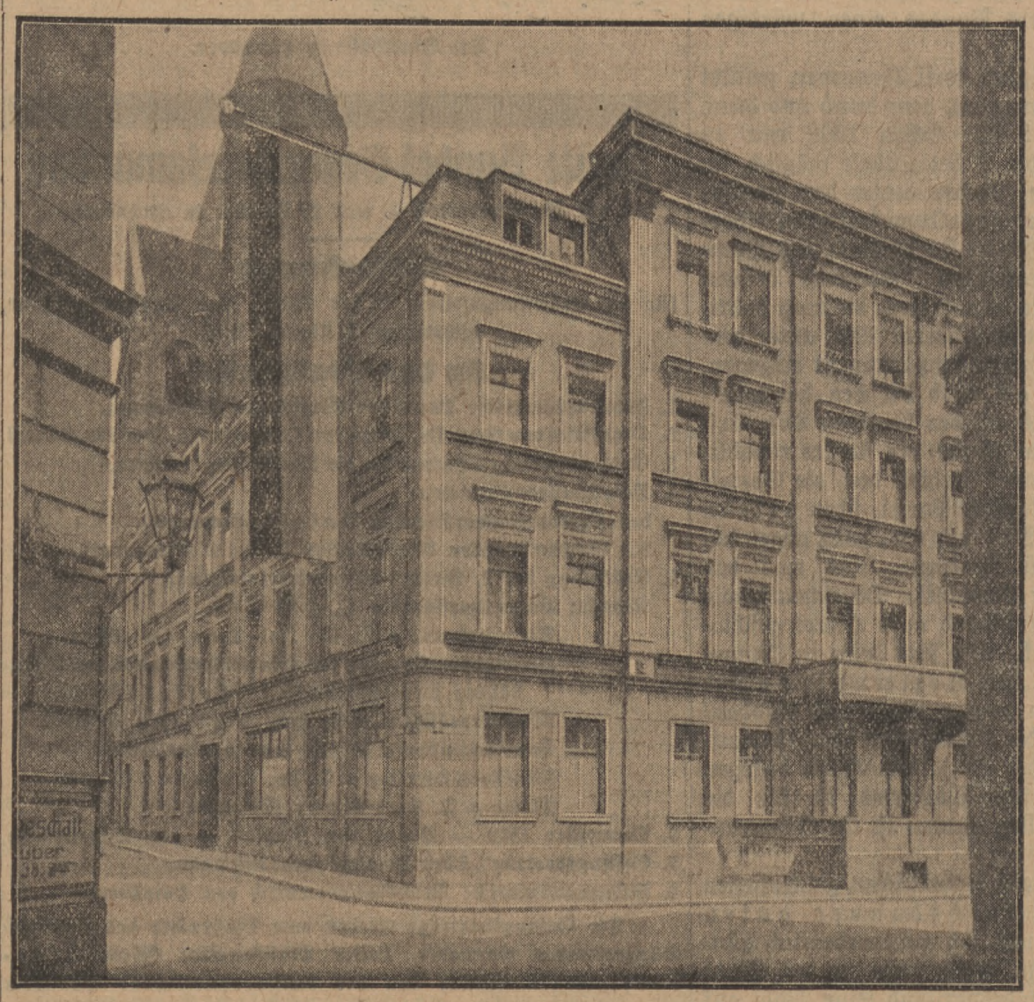
So ist auch klar, was wir dabei zu tun haben, d. h. diejenigen Reichsbannerkameraden, die Mitglieder der evangelischen Kirche sind, zunächst der in Altpreußen; aber bald nicht nur dort, denn der Stahlhelm wird anderwärts entsprechend handeln, hat es z. T. bereits getan. Zwar haben einige kirchliche Blätter den Aufruf so besprochen, daß man sieht: sie haben Bedenken gegen die Hineintragung politischer Interessen in die Kirche. Andre haben ihn aber beifällig abgedruckt. So ist die Gefahr in der Tat groß, daß die evangelischen Kirchen von rücksichtslosen Rechtskreisen zum Dienste politischer Reaktion mißbraucht werden. An sich sollten kirchliche Wahlen nach rein kirchlichen Gesichtspunkten erfolgen, so daß etwa eine Liste der Strenggläubigen gegen eine solche der freier Gesinnten stünde; Parteien gibt's ja auch in der evangelischen Kirche, und wenn man hier wie im Staate oft von rechts und links spricht, so bezeichnet die Rechte die am Alten Hängenden, die Linke die dem Dogma gegenüber kritischer Gesinnten Und wie die Kirche selbst politisch neutral sein sollte, so soll auch keine kirchliche Gruppe sich als Vorspann politischer Organisationen brauchen lassen. Die Gefahr ist leider in Deutschland ohnehin da, daß die evangelische Kirche als Verbündete der politischen Reaktion erscheint — obwohl doch im Blick auf die sozialen Mahnungen der Bibel, auf die Worte, die Jesus gegen den Reichtum gesprochen hat, die Kirche viel eher auf der Seite der ärmern Volksschichten stehen sollte.

Darum soll jeder Reichsbannerkamerad, der Mitglied der evangelischen Kirche ist, an seinem Ort, in seiner Umgebung, in der kirchlichen Gruppe oder Partei, zu der er Beziehungen hat oder gewinnen kann, dafür arbeiten, daß der Plan des Stahlhelms zuschanden wird. Die evangelische Kirche soll nicht zum Machtmittel in der Hand politischer Reaktion werden, sondern vielmehr die im echten Christentum liegenden Motive der Brüderlichkeit, der Volksgemeinschaft, der sozialen Reform zur Geltung bringen. Und wenn, wie es z. B. in Anhalt geschehen ist, der Stahlhelm durch Beteiligung an den Kirchenwahlen die kirchliche Rechte stärkt, so ist es unsre Pflicht, die Gegenseite zu stärken. Die vielen Kameraden, die zwar Mitglieder der evangelischen Kirche sind, aber nicht von ferne daran denken, sich bei Kirchenwahlen zu beteiligen, helfen durch diese ihre Gleichgültigkeit dazu, daß die Kirche mit ihrem erheblichen Einfluß auf das öffentliche Leben mehr und mehr von der Reaktion beherrscht wird. Nein, entweder oder. Wer wirklich mit der evangelischen Kirche so ganz zerfallen ist, daß ihn schlechthin nichts mehr mit ihr verbindet, der soll folgerichtig austreten. Wer aber aus persönlicher Ueberzeugung oder um der religiösen Erziehung seiner Kinder willen oder aus einem andern ernsten Grunde Mitglied dieser Kirche bleibt, der soll sich auch in die kirchliche Wählerliste eintragen und mitwählen.

Die Sozialdemokratische Partei hat früher lange Zeit hindurch sich an den preußischen Landtagswahlen nicht beteiligt. Man wollte damit gegen das Dreiklassenwahlrecht protestieren. Den Parteien aber, die damals im Landtag die Macht hatten, war das sehr recht. Schließlich beschloß die Sozialdemokratie, sich dennoch zu beteiligen. Das war nicht zwecklos; die, wenn auch kleine sozialdemokratische Gruppe im alten Preußischen Landtag ist den Reaktionären oft unbequem geworden. Nutzt also heute der Stahlhelm eine Machtposition aus, will er seine Leute in die kirchlichen Körperschaften bringen, so ist die Absicht klar: sie sollen, wo die Kirche Neigung zeigt, für soziale Gerechtigkeit und Völkerversöhnung einzutreten, das hindern und die Kirche nebst ihrem Einfluß auf die Schule zum Bollwerk der nationalen Kreise machen. Dann aber heißt es für uns: auch hier auf dem Posten sein und Gegenarbeit leisten! —

Unser Bundeshaus in Magdeburg

Am 22. Februar 1924 war unser Bund gegründet worden. Jetzt hieß es, mit der Arbeit beginnen: die Organisation für das ganze Reich durchzuführen und mit der Agitation einzusetzen. Zunächst wurde die Arbeit in meiner Privatwohnung gemacht. Fast Abend für Abend saßen mehrere Kameraden mit mir zusammen in meinem Wohnzimmer, um die Grundlage für die kommende Großorganisation zu schaffen. Bald wuchs die Arbeit an. Ich mußte ein Zimmer völlig räumen. Dort haben wir uns dann einige Monate in sehr großer Enge schlecht und recht durchgeholfen. Aber auch dies Provisorium erwies sich als unzulänglich. Ich mußte von den Repräsentationsräumen, die mir als damaligem Oberpräsidenten zur Verfügung standen, zwei Zimmer für unsre Arbeiten in Anspruch nehmen. Das genügte damals dem Stahlhelm, um mich vor aller Oeffentlichkeit zu denunzieren, und, als ich die Dinge richtigstellte, mich mit Schmutzkübeln zu überschütten. Die Repräsentationsräume des Oberpräsidiums aber mußten immer wieder geräumt werden, wenn irgendwelche Veranstaltungen dort stattfinden



mußten. Das Ganze blieb doch eben ein mehr als trauriger Notbehelf, mit dem wir uns aber monatelang abfanden, da wir Räume zu mieten nicht in der Lage waren.

Ein volles Jahr haben wir so durchgehalten. Dann aber zeigte sich doch, daß wir uns größere Räume beschaffen mußten, wenn der Bundesvorstand ordnungsmäßig arbeiten sollte. Es begann die Suche nach Bureauräumen, und jeder, der einmal auf die Suche gegangen war, kam zurück und bedeutete mir, daß die Herren Hauswirte in Magdeburg, auch diejenigen, die uns nahestanden, nicht zu überreden waren, uns in ihrem Haus eine Wohnung für Bureauzwecke zur Verfügung zu stellen. Es wurde etwa sechs Wochen gesucht, bis wir am Ratswaageplatz in Magdeburg in einem der Stadt gehörigen Hause Zimmer mieten konnten. Wir hatten nun Zimmer, aber wie sahen sie aus! Von Grund auf mußten sie erneuert werden. Heizungskörper waren anzuschaffen, die Beleuchtung mußte angelegt werden und noch manches andre war zu tun, so daß ich eigentlich nicht wußte, wie man mit unsern wenigen Geldern die Sache zu Ende bringen sollte. Mit Hilfe mehrerer Kameraden des Bundesvorstandes und einer Reihe von Kameraden in der Stadt wurde auch diese Schwierigkeit überwunden, und wir konnten das Bureau am Ratswaageplatz beziehen, das einstweilen für uns groß genug war.

Doch kaum waren wir einige Monate im neuen Heim, als uns bedeutet wurde, daß das Haus verkauft und niedergerissen werden sollte, um einem Neubau Platz zu machen. Nach wieder einigen Monaten war diese Meldung Tatsache geworden. Das Magdeburger Gewerkschaftskartell hatte das Gebäude erworben und beabsichtigte, an seiner Stelle ein großes, modernes Gewerkschaftshaus zu errichten. Von neuem begann jetzt die Suche nach Bureauräumen für uns. Inzwischen war die Hauptverwaltung des Bundesvorstandes erheblich größer geworden. Wir mußten damit rechnen, daß nur eine große Wohnung von mindestens zehn Zimmern für uns in Frage kommen konnte. Eine solche Wohnung zu mieten, wäre sicher nicht schwergefallen, wenn nicht plötzlich der Mieterschutz für die großen Wohnungen aufgehoben worden wäre. Nun begann ein neues Trauerspiel. Man wollte uns entweder gar nicht haben oder, wenn ja, dann forderte man derartig hohe Mieten, im Durchschnitt 1000 Mark pro Zimmer und Jahr, die wir unter keinen Umständen bezahlen konnten. Da tauchte der Gedanke auf, ein Haus zu kaufen; denn bei uns stand fest, daß wir als Besitzer eines Hauses in keinem Falle teurer wohnen würden als in einer Wohnung mit unerhört hohen Mieten.

Der Beschluß, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, wurde vom Bundesvorstand einstimmig gefaßt. Und nur wenige der Häuser, die damals in Magdeburg zum Verkauf standen, sind von unserm Beauftragten nicht besichtigt worden. Alle möglichen Pläne wurden geschmiedet, konnten aber nicht ausgeführt werden, da entweder die Häuser zu teuer waren oder in einer Gegend lagen, die für uns völlig ungeeignet war. Endlich fanden wir ein geeignetes Objekt, da das Haus der Magdeburger Ortskrankenkasse, die sich ein neues und modernes Heim gebaut hatte, zu verkaufen war. Wir mußten die ganze Angelegenheit sehr schnell betreiben, und nach einigen Wochen Verhandlung haben wir dann das Haus gekauft, welches Regierungstraße 1 gelegen ist, in der Ueberzeugung, daß wir für lange Zeit dort genügend Raum haben. Allerdings mußten kleinere Umbauten vorgenommen werden, um die Räume für uns benutzbar zu machen. Es fiel durchaus nicht schwer, das ganze Haus, mit Ausnahme der Räume, die wir brauchten, zu vermieten. Im Erdgeschoß des Hauses sind jetzt die Gaubureaus der Kriegsbeschädigten, des Reichsbanners, Gau Magdeburg-Anhalt, und der Arbeitsinvaliden, Gau Magdeburg-Anhalt, untergebracht. Im ersten Stock befinden sich die Bureaus unsers Bundes. Im zweiten Stock ist die Bezirksleitung der S. P. D. mit ihren Unterbezirken, Bezirksbildung und Arbeiter-Jugend, daneben das Gaubureau des Deutschen Landarbeiter-Verbandes. Im obern Stockwerk sind fünf Wohnungen. Nicht vergessen will ich zu erwähnen, daß sich im Erdgeschoß ein Sitzungssaal für etwa 80 Personen befindet, der sehr in Anspruch genommen wird, zumal in ihm kein Trinkzwang besteht. Wer heute in unser Bundeshaus kommt, der wird finden, daß seine Einrichtung vorzüglich ist. Und wenn im nächsten Frühjahr auch das Gewand des Hauses neu hergestellt ist, dann wird auch äußerlich unser Haus zu den schönsten Magdeburgs gehören.

Beim Kauf des Hauses gab es natürlich auch Pessimisten. Aber die Dinge haben uns Optimisten recht gegeben. Wir haben unsre Bureaus jetzt zu einem wesentlich niedrigern Preis, als wenn wir in ein Haus gezogen wären, in dem jedes Zimmer 1000 Mark pro Jahr gekostet hätte. Wir können uns ausdehnen, falls dieses nötig werden sollte. Diese Darstellung den Kameraden des ganzen Reiches, aber insbesondere auch den Delegierten der Bundesgeneralversammlung zu geben, habe ich für meine Pflicht gehalten. Ich bin überzeugt, daß die Kameraden den Kauf des Bundeshauses billigen werden.

O. Hörsing.

Parteien im Volksstaat

In der „Germania" setzt sich Franz Leubach mit dem Jungdeutschen Orden auseinander. Die jungdeutsche Bewegung steht den politischen Parteien bekanntlich ablehnend gegenüber. Die Parteien werden von ihm als etwas Unorganisches betrachtet. Weil sie Privateinrichtungen sind, die von privaten Geldquellen erhalten werden, folgert er ihre geldliche Abhängigkeit, die die Parteien zu Werkzeugen rein materieller Interessenvertretung mache und einer Vertretung des Wohles des gesamten Volkes entgegenstehe. Die Einwendungen, die Leubach dieser Auffassung gegenüber macht, wollen wir hier wiedergeben:

„Mag die jungdeutsche Beweisführung gegen die Parteien etwas Bestehendes an sich haben, sie wird hierdurch nicht richtiger, denn ihre Voraussetzung ist falsch. Es trifft nicht den Kern der Sache, wenn die politische Partei als eine „private Einrichtung" angesehen wird. Sie ist Bewegung, ebensogut wie der Jungdeutsche Orden. Private Einrichtungen sind sie beide. Sie ist organisch, weil sich in ihr freiwillig Volksgenossen gleichen Wegs und gleichen Ziels zusammenfinden, genau so, wie in der jungdeutschen Bewegung. Sie muß finanziert werden; das ist eine Frage der Organisation, hüben und auch drüben. Was bleibt denn da als Unterschied noch übrig?

Es ist dies: Die politische Partei wird durch ihre politische Aktivität zu praktischen politischen Handlungen und Stellungnahmen in kleinen wie in großen Fragen täglich gezwungen. Das bedeutet Kräfteaufwand, das belastet ihre Einheit, ihre Gradlinigkeit, das um so mehr, je mehr sie verantwortungsbewußt und Volkspartei, also Trägerin der verschiedensten Interessen ist. Die jungdeutsche Bewegung stand bislang der praktischen politischen Arbeit im wesentlichen fern, sie ist in der Hauptsache heute noch Erziehungsgemeinschaft. Wo sie aber praktisch politisch kämpfen mußte, da ging es bisher eigentlich immer nur um ihren Bestand. In allen staatspolitischen Fragen, die zur praktischen Entscheidung standen, war sie nicht verantwortlich in das oft so zwangläufige Getriebe der politischen Entwicklung eingespannt und konnte daher immer dem Seienden das Seinsollende, dem Besserungsbedürftigen das Gute gegenüberstellen. Die politischen Parteien sind aber Räder in diesem Getriebe, sie müssen handeln und sich in dem engen Raume der Wirklichkeit zurechtfinden. Die großen und daseinsberechtigten Parteien sind Sammelbecken, in denen sich die geistigen Einheiten des Volkes, kulturell und weltanschaulich geschieden, sammeln, um sich mit um so stärkerer Intensität für die Gestaltung des nationalen Gesichts auswirken zu können. Mögen wirtschaftliche Fragen heute eine große Rolle spielen, auch solche, die sich plutokratisch auszuwirken versuchen, zutiefst werden sie den weltanschaulichen Charakter einer wirklichen politischen Partei, nicht einer Eintagsfliege, niemals verdrängen können. Unser heutiges Parteiwesen mit seinen vielen, nur Sonderinteressen dienenden Splitterparteien ist eine Frucht des gegenwärtigen Wahlsystems und wird mit diesem fallen. Die große politische Partei ist und bleibt aber die politische Grundform in einem demokratischen Staatsbild. —

Bücher und Zeitschriften

(Einzelbesprechung vorbehalten.)

Der Völkerbund. Ziele, Organisation und Tätigkeit. Von Dr. Albert Kruse. Mit einem Vorwort von Geheimem Regierungs- und Ministerialrat Dr. Wilhlem Schellenberg. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M. 1928. 43 Seiten. Preis 1,20 Mark.

Das Buch will Lehrern und Schülern, aber auch sonst allen politisch Interessierten die Möglichkeit geben, sich über alle wichtigen Fragen, die den Völkerbund betreffen, zu unterrichten. Es ist bemüht, das streng sachlich zu tun.

Aus dem Leben eines Arbeiterkindes. Erzählungen, Romane, Lebensbeschreibungen und Gedichte. Herausgegeben von Henni Schuhmacher. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. 112 Seiten. Kartoniert 75 Pf., in Ganzleinen 1,75 Mark.

Das Buch ist eine Zusammenstellung dichterischer Schilderungen des Lebens von Arbeiterkindern. Hebbel, Björnson, Romain Rolland, Gorki, Strindberg, Andersen, Brüger, Pestalozzi, Dickens, Storm usw. lassen Einblicke in die Not und Sehnsucht proletarischer Kinderseelen tun.

Die Geschichte einer „Erziehung". Von Joseph Weisbart. Mit Zeichnungen von Max Graeser. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. 111 Seiten. Preis 1,40 Mark.

Die Insel des Verständnisses oder Bedeutung Konstantin Brunners für Ueberwindung des Judenhasses. Von Walter König. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. 80 Seiten. Preis 1,40 Mark.

Einstein für jedermann. Die Relativitätstheorie in ihren Grundgedanken für Laien. Von Georg N. Felke. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. E. Fuld. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. 68 Seiten und 11 Abbildungen. Preis 70 Pf. —